

Dr. Wolfgang Albers
Sprecher für Gesundheit

Die Linke Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Deutscher Pflegerat e.V.
Präsidiumsmitglied
Thomas Meißner
Alt-Moabit 91
10559 Berlin

Nur per Mail:
info@thomas-meissner.com

09. Januar 2017

Sehr geehrte Frau Vogler,
sehr geehrte Frau Francois-Kettner
sehr geehrter Herr Meißner,

im Namen meiner Fraktion will ich gerne auf Ihr Anschreiben vom 29.11.2016 antworten, obwohl Ihnen unsere Position zu Ihrem Anliegen sehr wohl bekannt sein dürfte.

Wir sind gerne bereit mit Ihnen über mögliche Lösungen zur Verbesserung der Situation der Pflegenden in unserer Stadt zu sprechen und konkrete Schritte auch gemeinsam zu beraten. Von Ignoranz bei diesem Thema keine Spur, das Problem brennt uns auf den Nägeln.

Die Einrichtung einer Pflegekammer allerdings gehört für uns nicht zu den von Ihnen in diesem Zusammenhang angemahnten »konstruktiven« Lösungen.

Sie steht politisch nicht auf unserer Agenda und war deshalb auch nicht Gegenstand ernsthafter Erwägungen während der Koalitionsgespräche.

Schon in der letzten Legislaturperiode gab es für ein solches Ansinnen zwar das voreilige Versprechen eines einzelnen Senatsmitglieds, aber es gab keine politische Mehrheit, nicht im Senat, nicht im Parlament und auch nicht unter den Pflegenden. Daran ändert auch nichts, dass Sie immer wieder auf die beiden Studien der Alice-Salomon-Hochschule zur vermeintlichen Pflegekammer-Akzeptanz verweisen. Die spiegeln alles andere als eine „wirklich überwältigende Mehrheit“ für die Pflegekammer wider.

Die einzig nachvollziehbare Schlussfolgerung aus den Umfragen in beiden Studien ist, dass die vermeintliche Zustimmung der Befragten zur Errichtung einer Pflegekammer rapide mit der Höhe des damit verbundenen Kammer(zwangs)beitrags sinkt.

In Rheinland-Pfalz beträgt der »Basisbeitrag«, den die Mitglieder der Pflegekammer zur Zeit zu entrichten haben, monatlich 9,80 Euro.

Einen solchen Beitrag hätten nach der Berliner Studie selbst von den 703 Kammer-Befürwortern nur 293 (41,6%) akzeptiert. In der nachgeschobenen Online-Befragung sah es nicht wesentlich besser aus. Dort waren es 193 (44,8%) von 430 Befürwortern.

Auch der Verweis auf Aktivitäten in Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist wenig hilfreich, dem wären zum Beispiel die klaren Entscheidungen gegen eine Pflegekammer in Hamburg und Bayern entgegenzusetzen.

Sie hatten in der letzten Legislaturperiode im zuständigen Ausschuss Gelegenheit, Ihre Argumente für die Verkammerung des Pflegeberufs den politisch Verantwortlichen vorzutragen.

Eine schlüssige Begründung für die Notwendigkeit einer solchen berufsständischen Vertretung wurde dabei vermisst, insofern wurde unsere kritisch-ablehnende Haltung durch die Anhörung Ihrer Vertreter noch gestärkt.

Wir werden also in dieser Sache nicht zusammenkommen, was uns aber nicht davon abhält, den unbestritten berechtigten Anliegen und Forderungen der in der Pflege Beschäftigten jenseits ihrer Zwangsverkammerung hohe Priorität einzuräumen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Albers